

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — Postkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13093. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Landesversammlung der U. S. P. Sachsens gegen das Moskauer Diktat.

Nach einem tiefgründigen Referat des Genossen Hilferding, nach längeren Reden der beiden Vertreter des Zentralkomitees und Aufsichtsrats Däumig und Dittmann, denen sich die Debatte anschloß, hat gestern die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens die Resolution des Landesvorstandes in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 28 Stimmen angenommen, die die Moskauer Bedingungen als unannehmbar ablehnt. Für die Beurteilung dieses Ergebnisses ist noch wichtig, daß zwei Delegierte erklärten, sie und andre hätten deshalb gegen die Resolution gestimmt, weil sie die Frage noch nicht ganz geklärt erachten, bzw. weil sie dem Urteil der Parteimitglieder nicht vorgegriffen wissen wollten. Sie sahen die Abstimmung der Landesversammlung als eine Ueberwälzung an.

Der Landesvorstand hatte ursprünglich auch auf dem Standpunkt gestanden, daß die Abstimmung in dieser Frage dem Parteitag zu überlassen sei. Nachdem aber aus allen Teilen des Reiches Beschlüsse von Kreis- und Bezirksorganisationen und -vorständen gemeldet werden, hielt er es nicht für angängig, daß die U.S.P. Sachsens allein Schweige. Die Landesversammlung konnte an der brennenden Frage, die jedes Mitglied bewegt, nicht vorübergehen.

Der Beschluß der Landesversammlung ist nun freilich noch nicht die Entscheidung der U.S.P. des Freistaats Sachsen. Die Mitgliedschaften, in denen die Erörterung weitergeht oder zum Teil auch erst einsetzt, sind an den Beschluß der Landesversammlung nicht gebunden. Indes ist er deswegen nicht ohne Bedeutung — er geleitet doch schon Rückschlüsse auf die voraussichtliche Haltung der Mitgliedschaften, wenn sie auch noch nicht ganz fest fundiert sind. So ist es sicherlich bemerkenswert, daß von 24 Delegierten Groß-Weipitz 17 mit Ja und nur 7 mit Nein stimmten.

Aus der Debatte ist der Vorschlag des Genossen Friedrich Geyer, der die Bedingungen für unannehmbar erklärt, hervorzuhelien, sofort in neue Verhandlungen mit Moskau wegen Abänderung einzutreten, die noch vor dem Parteitag zum Ziel führen sollen. Wir halten in Uebereinstimmung mit mehreren Rednern diesen Weg für so gut wie aussichtslos. Er entspricht auch durchaus nicht dem Willen der Genossen um Däumig, Stoeker, Hamburger Volkszeitung, die mit allen Mitteln die „Klärung“, d. h. die Scheidung wollen. Deshalb gibt es jetzt nur ein klares Nein oder Ja! Erst die rücksichtslose und möglichst einmütige Ablehnung der Bedingungen wird die Moskauer erkennen lassen, daß die 8. Internationale nur auf der Basis der Selbstständigkeit der Parteien zustande kommen kann.

### Der Kampf in Italien.

#### Die Haltung der Regierung.

Ganz anders, als seinerzeit die rechtssozialistische Regierung in Deutschland, verhält sich die italienische gegenüber den Massenbewegungen, die heute in Italien sich abspielen. Der italienische Arbeitsminister, Professor Labriola, äußerte in einer Unterredung: Die Belegung der Fabriken sei zwar juristisch als eine Beschlagerung aufzufassen und die Industriellen könnten klagen. Wenn es sich jedoch um eine Massenbewegung handle, seien andere Gesichtspunkte geltend, als wenn ein Einzelfall vorliege. Totschlag sei ein zu verabscheuendes Verbrechen. Massenstreiks nenne man Krieg, und es gebe Leute, die auch diesen entschuldigen. Heute, wo es sich in Italien um eine Bewegung von 100 000 organisierten Arbeitern handelt, kann man den Aufruhrparagrafen nicht mehr anwenden. Labriola verwies weiter darauf, daß die Arbeiterbewegung bewaffnet sei und staatliches Eingreifen unbedingt zu Blutvergießen führen müsse, das leicht in eine blutige Revolution ausarten könne, was unter allen Umständen vermieden werden müsse. Komme eine soziale Umgestaltung, so soll sie wenigstens mit dem möglichen Minimum an Schädigung des einzelnen eintreten und kein Blutvergießen hervorrufen.

Paris, 11. September. Nach einer Exzessivmeldung aus Rom ist die italienische Regierung bereit, in dem Streit zwischen Arbeitern und Unternehmern zu intervenieren und, wenn es die Arbeiter in ihren Entschlüssen bis zum äußersten treiben sollten, eine Verklärung der gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen. In Turin und Genua werden schwere Unruhen befürchtet.

#### Bedeutungsvoller Beschluß der Mailänder Arbeiterkonferenz.

Berlin, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus L'Espresso: Die Mailänder Konferenz der Gewerkschaften und Sozialistischen Partei hat mit einer Niederlage der Extremen geendet, indem die Tagesordnung der Sozialistischen Parteidirektion mit

103 500 gegen 591 545 Stimmen für die Tagesordnung der Gewerkschaftsdirektion in der Minderheit blieb. Die Parteidirektion forderte sofortige Ausdehnung der Beschlüsse auf alle Industrien und rückhaltlosen Eintritt mit allen Mitteln in die soziale Revolution. Die Gewerkschaftsdirektion dagegen beschränkt ihren Kampf vorläufig auf den Konflikt der Metallarbeiter mit Unterstützung der übrigen Arbeiterklassen und der sozialistischen Partei zum ausgesprochenen Zweck des Kontrollrechtes der Gewerkschaften über die Betriebe zwecks Einleitung der Sozialisierung. Die weitere Leitung geht nunmehr in die Zentralleitung der Gewerkschaften über, während die sozialistische Parteileitung in der harten Hoffnung auf baldige neue Verklärung des Konfliktes ihre Unterstützung zusagte. Die Parlamentariergruppe fordert von der Regierung die sofortige Einberufung des Parlamentes. Gollere de la Serra befragt die Untätigkeit der Regierung, die zugibt, daß 500 Delegierte aus ganz Italien in aller Ruhe die Frage beraten konnten, ob sofort die Resolution erklärt werden solle oder nicht. Inzwischen wurden gestern weitere zahlreiche Fabriken, namentlich Gerbereien, in Turin von den Arbeitern besetzt.

#### Weitere Ausdehnung der Bewegung.

Mailand, 11. September. 22 Schuhfabriken in Mailand sind am Freitag von den Arbeitern besetzt worden, um zu verhindern, daß die Besitzer der Betriebe Rohmaterialien beiseite schaffen. Das gleiche ist in ungefähr 200 chemischen Betrieben durchgeführt.

#### Strahlenkämpfe in Triest.

Rom, 11. September. Gestern nachmittags kam es in Triest zu Zusammenstößen zwischen der Volksmenge und Polizisten, wobei ein Polizist getötet und einer verwundet wurde. Von der Menge wurde eine Person gelötet und zehn verletzt.

Triest, 11. September. (Stefani.) Die italienfeindlichen Kundgebungen der Slawen haben sich verstärkt. Gestern abend fanden im Stadtteil San Giacomo Strahlenkämpfe statt; Baracken wurden errichtet, die vom eingreifenden Militär band zerstört wurden. Das Militär gab drei Kanonenschüsse ab; drei Personen wurden getötet. Etwa 100 Personen verhaftet. Die Nacht verlief ruhig; heute morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

#### Die Berliner Rechtssozialisten zum Wiedereintritt in die Regierung.

Berlin, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) In der gestrigen außerordentlichen Bezirksversammlung der SPD. Groß-Berlins kam es zu lebhaften Debatten über die Frage des Wiedereintritts in die Regierung. Der Referent des Abends, Friedrich Schlegel, erklärte, daß er nicht untersuchen wolle, ob der Austritt der SPD. aus der Regierung richtig gewesen sei. Er erklärte schließlich, jetzt aber seien Erscheinungen am politischen Horizont bemerkbar, die die Frage entstehen lassen, ob die Partei weiter zusehen dürfe, ehe ihre Position auf Position verloren geht. Wenn es richtig ist, daß ohne die SPD. nicht regiert werden kann, so muß die SPD. wieder in die Regierung. Auf den Zuruf: Aber nicht mit der Deutschen Volkspartei erklärte er: Mit dem christlichen Bürgertum kann man zusammenarbeiten. Die sehr lebhaft debattierte auch Folgerungen Eduard Bernstein's. Er erklärte, es könnten Verhältnisse eintreten, die die SPD. bewegen könnten, wieder in die Regierung einzutreten, aber man dürfe sich nicht und werde sich noch weniger die Beteiligung am Kabinett aufdrängen lassen. Es dürfe nie vergessen werden, daß U.S.P. und SPD. zu einer großen Familie gehören.

#### Kein Professorestreik der Erfurter Eisenbahner

Berlin, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Der Berliner Lokalanzeiger meldet: In Erfurt ist es zu größeren Tumulten gekommen. Der Güterbodenarbeiter Kühn war im Zusammenhange mit der Munitionspregnung am Potsdam-Zuge verhaftet worden. Seine Arbeitskollegen hielten auf dem Bahnhof eine Versammlung ab und beschloßen, den Verhafteten zu befreien. Sie zogen vor das Haus des Staatsanwaltes und verlangten die sofortige Entlassung Kühns. Da der Staatsanwalt nicht anwesend war, zog die Menge vor das Untersuchungsgefängnis, wo das gleiche Verlangen gestellt wurde. Als dies abgelehnt wurde, versuchte man, gewalttätig in das Untersuchungsgefängnis einzudringen. Durch das Eingreifen der Sicherheitspolizei wurden die Demonstranten auseinandergetrieben. In einer darauf abgehaltenen Besprechung der Eisenbahner wurde die Haltung der Güterbodenarbeiter nicht gebilligt und der von den Kommunisten eingebrachte Antrag, sofort in den Streik einzutreten, mit großer Mehrheit abgelehnt.

### Für das Selbstbestimmungsrecht!

Von Rudolf Hilferding.

Bis zur Rückkehr der Delegation aus Moskau war es die einmütige, von niemandem in Zweifel gezogene Auffassung aller Parteigenossen, daß die Autonomie der Partei, das heißt ihr Selbstbestimmungsrecht in allen politischen und taktischen Fragen innerhalb des Rahmens ihres Programms unantastbar sein müsse. Jetzt soll dieses Selbstbestimmungsrecht in doppelter Weise beschränkt werden. Einmal verlieren die Mitglieder den entscheidenden Einfluß auf die Leitung. Die Leitung selbst aber wird völlig dem Exekutivkomitee der 8. Internationale untergeordnet. Zugleich ist durch die Bestimmungen über die Zusammensetzung dafür gesorgt, daß im Exekutivkomitee der Moskauer Einfluß der allein ausschlaggebende ist. Ebenjotig hätte bestimmt werden können, daß die Leitung aller anderen Parteien direkt der Zentrale der russischen kommunistischen Partei unterstellt ist. In der Praxis ist es gewiß das Gleiche.

Die Kontrolle der Moskauer beschränkt sich nun nicht etwa auf die Fragen, die allen angeschlossenen Parteien gemeinsam sind; sie ist auch nicht dazu da, internationale Demonstrationen oder Aktionen anzuordnen. Sie erstreckt sich ebenso auf alle wichtigen politischen Entschlüsse und Handlungen, die jede einzelne Partei in ihrem Lande ausführen will. Die Art und den Zeitpunkt des politischen Vorgehens bestimmt, wenn sie es für nötig hält, die Exekutive, die Leitungen der Parteien sind nur ihre ausführenden Organe.

Es gibt Genossen, die wie Ledebour auf dem Leipziger Parteitag ausführte, meinen, daß ein solches Aufheben der Selbstständigkeit der Partei und Selbstachtung einer revolutionären Partei so sehr widersprechen, daß ihre Annahme schon deshalb ausgeschlossen sei. Andre bemerken sich jetzt, von vornherein die Parteigenossen davor zu warnen, daß man den Verzicht auf jedes Selbstbestimmungsrecht als unwürdig betrachte. Da wir zugeben müssen, daß man über das Maß von Selbstachtung, das der Einzelne oder die Partei zu besitzen hat, nicht diskutieren kann, wollen wir darüber nicht rechten. Die Frage muß aber aufgeworfen werden, ob ein solcher Verzicht überhaupt möglich ist.

Jeder politisch Erfahrene weiß, daß, um eine ernste politische Entscheidung zu fällen, eine Fülle von Momenten zu berücksichtigen ist. Die sozialen Machtverhältnisse der Klassen, die Stärke der einzelnen Parteien, die Stimmung der Zwischenschichten, der sonst Indifferenten, die psychologische Erregung, die der Kampf um das Streitobjekt, in der Gesellschaft auslöst, das Maß der Leidenschaft, die die Stärke des Angriffs oder Abwehrs beeinflusst, all das sind Elemente, die in die politische Urteilsbildung eingehen. Und all diese Momente sind wieder zum Teil sehr komplizierter Art. Ihre Beurteilung setzt sowohl angeborene politische Befähigung als reiche Erfahrung voraus. Vor allem aber ist politischer Urteils nur möglich dem, der selbst in diesem politischen Leben steht, auf den alle diese verschiedenen Einflüsse selbst wirken, der enge Fühlung hält mit der Masse und seiner Partei. Deshalb ist es eine Unmöglichkeit von außen her einer Partei ihr politisches Handeln vorschreiben zu wollen ohne die schärfsten Rückschlüsse zu begehen. Es ist eine Gefahr, die sich gerade in revolutionären Zeiten noch ungeheurer steigert, daß eine Leitung von oben her die entscheidenden Entschlüsse faßt, statt daß diese durch den Willen der Masse der Parteimitglieder von unten her gebildet werden. Denn die Leitung ist dann stets der Möglichkeit ausgehehelt, daß sie die Stimmung der Masse verkennt und deshalb von ihr im Stich gelassen wird, wodurch die Niederlage gewiß ist. Aber diese Gefahr wächst ins Ungeheure, wenn nun gar diese Beschlüsse, die die bedeutendsten Aktionen betreffen können, von außen bestimmt werden, wenn die Leitung, ohnehin schon losgelöst von dem Bestimmungsrecht ihrer Massen, gar noch dem Druck einer auswärtigen Instanz ausgehehelt wäre. Und die Gefahr würde vervielfacht, wenn diese Leitung selbst unter dem Einfluß ganz außerordentlicher Umstände, abgelehnt von allen raschen Transformationsmöglichkeiten, jahrelang ausgeschlossen von der unmittelbaren Berührung mit der übrigen Partei in Moskau ist.

Was wir früher über das Verhältnis von Leitung und Masse innerhalb der Partei gesagt haben, würde sich wiederholen. Die „straffe militärische Disziplin“ könnte nur entweder Teilnahmslosigkeit oder Rebellion bewirken. Entweder stimmen die Weisungen von außen mit der wirklichen Situation überein und entsprechen deshalb den Aufforderungen und Beschlüssen, die sich die Leitung der betreffenden Partei dann wohl schon früher und